Dr. Tobias Peters

Licht am Ende des Tunnels

Anlass für Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung nach Corona – Pandemieverlauf entscheidend

In aller Kürze:

Die Corona-Krise hat weltweit massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmärkte. Im Frühjahr 2020 brach die Wertschöpfung ein, da ein weitreichender Stopp von Produktion und Konsum nötig war. Die anschließend auch dank staatlicher Stützungs- und Konjunkturprogramme einsetzende Erholung wurde mit der zweiten Welle der Pandemie beendet. Insgesamt sank in Deutschland das reale Bruttoinlandsprodukt in einem schwierigen Jahr um fünf Prozent. Es wird dauern, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht ist. Auch am Arbeitsmarkt zeigen sich die Verwerfungen. Obwohl Kurzarbeit den Einbruch abdämpfte, sank die Zahl der Erwerbstätigen stark und die Arbeitslosigkeit stieg an. Zwar besteht für das aktuelle Jahr Anlass zur Hoffnung, doch auch die weitere Entwicklung wird vom Verlauf der Covid-19-Pandemie abhängen. Um gerecht aus der Krise zu kommen, braucht es langfristige Strategien: Es gilt, Erwerbstätigkeit abzusichern, Arbeitsbedingungen zu verbessern und Beschäftigte nicht ökonomisch zusätzlich zu belasten.

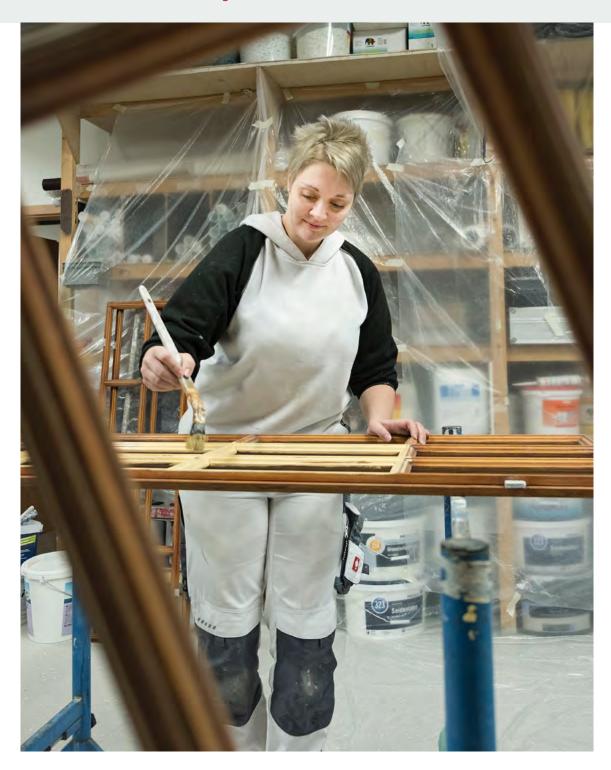
→ Das vergangene Jahrzehnt war geprägt durch gutes und ungewöhnlich lange anhaltendes wirtschaftliches Wachstum. Deutschlandweit, so auch im Stadtstaat Bremen, kletterten die Beschäftigtenzahlen auf Rekordstände. Zwar zeichnete sich 2019 bereits eine konjunkturelle Eintrübung ab, der Arbeitsmarkt erwies sich aber – trotz schon damals herrschender großer Unsicherheiten und versäumter öffentlicher Investitionen – als robust.¹ Dass ein neuartiges Virus, das bis heute die Schlagzeilen beherrscht, die Situation drastisch verändert, wurde im ersten Quartal 2020 allmählich klar.

... und dann kam Corona

Denn neben vielfältigen anderen negativen Folgen ist nicht zuletzt die wirtschaftliche Entwicklung eng mit dem Verlauf der Pandemie verbunden. Und dies wird so bleiben.

Im März 2020 musste das ganze Land in den Lockdown. Die nötigen und auferlegten Einschränkungen führten zu einem massiven Einbruch von Nachfrage und Produktion. Auch in vielen anderen Staaten stand das wirtschaftliche Leben mehr oder weniger still, der grenzüberschreitende Warenverkehr wurde eingeschränkt. Unterbrochene Lieferketten und der Produktionsstopp im verarbeitenden Gewerbe schlugen sich deutlich auf die Wertschöpfung nieder. Die schlimmsten Befürchtungen bewahrheiteten sich letztlich zwar nicht, der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland war gleichwohl erheblich. Das Minus von fünf Prozent für das Gesamtjahr 2020 ist vergleichbar mit dem Einbruch während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009.2

² Nominal betrug der Rückgang 3,5 Prozent im Vergleich zu 2019. Nicht nur preis-, sondern auch kalenderbereinigt (also beispielsweise unter Berücksichtigung der tatsächlichen Arbeitstage) fiel das Bruttoinlandsprodukt sogar um 5,3 Prozent niedriger aus.



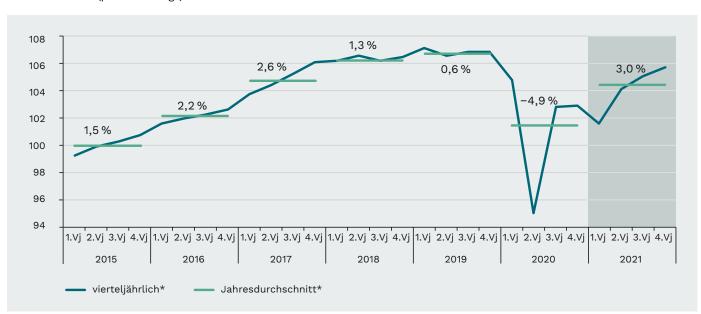
Weltweit wird die wirtschaftliche Entwicklung durch das grassierende Corona-Virus belastet. Der Einbruch im Frühjahr war beispiellos, und auch wenn sich die Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte erholte, bleibt ein preisbereinigtes Minus von schätzungsweise etwa 3,4 Prozent. Das Welthandelsvolumen erlebte nach ersten Berechnungen sogar einen Einbruch von 9,3 Prozent. Dies zeigte sich auch beim Container-Umschlag im Land Bremen (siehe Artikel "Konkurrenz oder Kooperation?" in diesem Band). Die weltwirtschaftliche

Entwicklung 2020 verlief in Wellen, in den Sommermonaten konnten die Verluste aus den ersten beiden Quartalen zum großen Teil aufgefangen werden, allerdings wurde die aufholende Dynamik gegen Jahresende – parallel zur zweiten Welle der Pandemie – infolge weltweit steigender Infektionszahlen und damit verbundener Eindämmungsmaßnahmen wieder unterbrochen. Für das aktuelle Jahr herrscht dennoch verhaltener Optimismus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) erwartet ein Anziehen der globalen Produktion um über sechs Prozent – Voraussetzung ist allerdings, dass mit steigenden Impfquoten und sinkenden Infektionszahlen eine schrittweise Rückkehr zur Normalität möglich ist.³

Daten zeigen wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie deutlich

Die Wellenbewegungen lassen sich auch im deutschen Konjunkturverlauf nachzeichnen. Dem historischen Einbruch im ersten Halbjahr 2020 – allein im zweiten Vierteljahr lag die Wirtschaftsleistung um ein Zehntel niedriger als im vorherigen Quartal – folgte eine überraschend kräftige Erholung, bis in den Herbstmonaten die zweite Pandemiewelle auch die deutsche Wirtschaft erfasste und den Erholungsprozess abrupt stoppte.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (preisbereinigt)



^{*}Jeweils in Preisen des Vorjahres, jährliche Wachstumsraten in Prozent, vierteljährliche Entwicklung saison- und kalenderbereinigt. Index mit 2015 = 100 Quelle: Statistisches Bundesamt, für 2021: Jahresprojektion der Bundesregierung

© Arbeitnehmerkammer Bremen

³ Zahlen aus dem Jahreswirtschaftsbericht 2021 (BMWi 2021) und vom DIW (2020).

Für die erste Rezession nach einer zehnjährigen Wachstumsphase zeichneten sowohl der industrielle als auch der Dienstleistungssektor verantwortlich. Die preisbereinigte Wirtschaftsleistung im verarbeitenden Gewerbe ging 2020 gegenüber 2019 um mehr als zehn Prozent zurück. Auch in den Dienstleistungsbereichen zeigte sich der gleichzeitige Angebots- und Nachfrageschock, den die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bedeuteten. Normalerweise gegen konjunkturelle Schwankungen vergleichsweise robust musste beispielsweise der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6,3 Prozent hinnehmen. Dahinter verbergen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen: Während der Online-Handel deutlich zunahm, lag der stationäre Handel tief im Minus. Das Gastgewerbe erlebte ebenfalls einen historischen Einbruch und hatte mit Einschränkungen bei Beherbergung und Gastronomie zu kämpfen.

Die Auswirkungen der Krise waren auch auf der Nachfrageseite deutlich sichtbar. Während in der Finanz- und Wirtschaftskrise der gesamte Konsum die Wirtschaft stützte, gingen die privaten Konsumausgaben im Jahr 2020 um sechs Prozent zurück. Die staatliche Nachfrage - unter anderem nach Schutzausrüstungen und Krankenhausleistungen stieg demgegenüber um 3,4 Prozent und wirkte so stabilisierend. Auch auf den Außenhandel schlug die Pandemie deutlich durch. Sowohl die deutschen Im- als auch Exporte waren erstmals seit 2009 wieder rückläufig. Die Ausfuhren lagen fast zehn Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Der staatliche Finanzierungssaldo fiel 2020 erstmals nach acht Jahren, in denen Überschüsse erzielt wurden, wieder negativ aus. Und dies deutlich: Das erste Defizit seit 2011 in Höhe von fast 160 Milliarden Euro verteilt sich auf Bund (knapp 100 Milliarden Euro), Länder (rund 26 Milliarden Euro), Gemeinden (2 Milliarden Euro) und die Sozialversicherungen, die einen negativen Saldo von fast 32 Milliarden Euro verkraften mussten.4

Konjunkturprogramm stützte Wirtschaft und Beschäftigung

Dass die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie bislang nicht so verheerend ausfielen wie zunächst befürchtet, lag auch am rechtzeitigen und beherzten Gegensteuern von Bund und Ländern. Auch wenn die Maßnahmen Licht und Schatten hatten, waren sie in Summe geeignet, in der Frühphase der Krise das Schlimmste zu verhindern und Impulse für eine wirtschaftliche Erholung zu setzen. Rettungsschirme und Überbrückungsprogramme zielten zunächst erfolgreich darauf ab, die wirtschaftlichen Corona-Folgen abzufedern, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern und unverschuldet von Insolvenz bedrohten Unternehmen zu helfen. Um der Wirtschaft neuen Schwung zu verleihen, setzte der Bund im Sommer ein stattliches Konjunkturprogramm über 130 Milliarden Euro auf. Dass hier ein Fokus auf Zukunftsinvestitionen gelegt wurde, ist begrüßenswert, ebenso die teilweise Übernahme der Gewerbesteuerausfälle sowie der "Kosten der Unterkunft" von Sozialleistungsbeziehenden, von der viele Kommunen - und besonders auch die Städte Bremen und Bremerhaven – stark profitierten. Auch der "Kinderbonus" verfehlte seinen Zweck nicht und kurbelte den Konsum an. Die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer kostete die Staatskasse hingegen viel Geld bei geringer Wirkung.5 Das entschiedene wirtschafts- und finanzpolitische Handeln in dieser Phase war erfolgreich, auch weil Beschäftigte und Arbeitgeber von Reformen beim Kurzarbeitergeld profitierten. Weniger glücklich war die Reaktion auf den zweiten Lockdown, der im Herbst nötig wurde. Üppige "Novemberhilfen" versprachen Kompensation des entgangenen Gewinns für von Schließung betroffene Selbstständige und Unternehmerinnen und Unternehmer. Damit wurde erstmals vom Prinzip, lediglich Betriebskosten zu übernehmen, abgewichen. Die Orientierung am Umsatz ist wenig zielgenau, sollte jedoch eine zügige und unkomplizierte Mittelauszahlung sicherstellen; erreicht wurde letztlich aber auch dieses Ziel nicht.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2021). Vorläufige Zahlen von Januar 2021. Siehe auch Artikel "Zeit zu investieren" und "Sozialversicherungen und Corona" in diesem Band.

Arbeitsmarkt: Stetiger Aufwärtstrend beendet

Im vergangenen Jahr arbeiteten 44,8 Millionen Erwerbstätige in Deutschland. Nach einem lange anhaltenden Anstieg, der sogar die Finanzkrise überdauerte, sank die Zahl somit erstmals seit 14 Jahren wieder, und zwar um 1,1 Prozent. Das bedeutet im Jahresmittel 477.000 weniger in Deutschland erwerbstätige Personen als 2019. Besonders betroffen waren geringfügig Beschäftigte sowie Selbstständige, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar ebenfalls spürbar sank, jedoch vergleichsweise stabil blieb. Hierzu trugen vor allem die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit bei, durch die viele Entlassungen verhindert werden konnten. Die Arbeitslosigkeit stieg im Jahresdurchschnitt um 429.000 auf annähernd 2,7 Millionen Menschen. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit ist dies fast ausschließlich auf die Corona-Krise zurückzuführen. Dazu passt, dass die Zugänge in Arbeitslosigkeit vor allem aus den Bereichen Gastgewerbe, Handel sowie Verkehr und Lagerei kamen. Es wird damit gerechnet, dass sich die Arbeitslosenquote im aktuellen ebenso wie im vergangenen Jahr bei durchschnittlich 5,9 Prozent bewegt. 2019 hatte sie bei 5 Prozent gelegen (siehe Artikel "Corona und der Arbeitsmarkt" in diesem Band).6

Nicht nur die Zahl der Beschäftigten, auch die Arbeitslosenquote schwankte 2020 ungewöhnlich stark. Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Arbeitsmarkt zeigten sich insbesondere in der ersten Jahreshälfte. Seither sind Beschäftigung und Arbeitslosigkeit weit entfernt vom Vorkrisenniveau. Im zweiten Lockdown sind die Folgen weniger dramatisch als im Frühjahr, trotz Eintrübung der Aussichten ist zunächst nicht erneut mit einem Einbruch zu rechnen. Gleichwohl zeigt sich, dass allein von Oktober 2020 bis Mitte Februar 2021 die coronabedingten Arbeitsausfälle in Summe bei fast 60 Millionen Arbeitstagen lagen. Ein Großteil davon ist auf Kita- und Schulschließungen, die viele Beschäftigte vor große Herausforderungen stellten, zurückzuführen. Insgesamt konnten in diesem Zeitraum rund 1,2 Millionen Erwerbstätige nicht arbeiten, da Betreuungsangebote nur eingeschränkt zugänglich waren oder sie ihre Kinder pandemiebedingt zu Hause betreuen wollten. Hinzu kamen Covid-19-Erkrankungen und Quarantäne, die viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Zuhausebleiben zwangen. Das hat Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, aber natürlich auch für das Einkommen der Erwerbstätigen (siehe Artikel "Corona drückt auf viele Einkommen" in diesem Band).7

Ein Gesamtbild aus Stellenabbau, dem Mangel an neu geschaffenen Jobs und realisierter Kurzarbeit ergibt sich mit Blick auf das Arbeitsvolumen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dieses ist 2020 insgesamt deutlich zurückgegangen. Es lag im letzten Jahr um über vier Prozent unter dem Vorjahreswert und damit so niedrig wie zuletzt 2016.

"Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland sank erstmals seit 14 Jahren."

War noch was?

Lange waren es vor allem der Brexit und die Außenhandelspolitik der USA, die die weltwirtschaftliche Debatte bestimmten, dann aber mit Corona in den Hintergrund traten. Dabei war das vergangene Jahr auch auf diesen Themenfeldern einschneidend: Im letzten Moment wurde Ende Dezember ein "No-Deal-Brexit" verhindert, seither regelt ein mageres Austrittsabkommen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihrem ehemaligen Mitglied. Der Worst Case wurde damit zwar verhindert, doch der Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich wird in Zukunft deutlich komplizierter. Bremen könnte das schaden. Vor allem im Bereich Fahrzeugbau ist das Vereinigte Königreich ein wichtiger Handelspartner der Hansestadt. Auch bei der Fischerei und dem Lebensmittelhandel sind trotz Abkommens - negative Effekte zu erwarten; von den Chancen europäischer Finanzplätze, die vom Brexit profitieren werden, hat Bremen hingegen nichts.

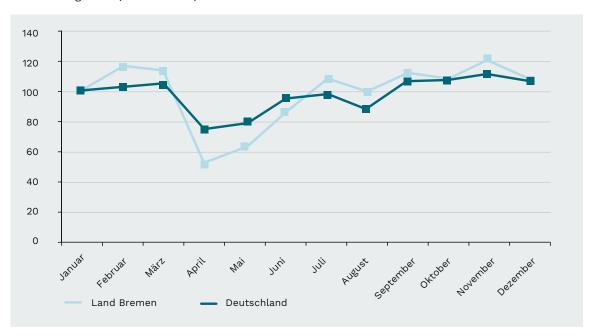
In den Vereinigten Staaten dürfte der Ton in handelspolitischen Angelegenheiten versöhnlicher werden. Die offenen Fragen jedoch bleiben: Auch die neue Administration von Präsident Joe Biden wird darauf aus sein, die über Auslandsverschuldung finanzierten Handelsbilanzdefizite abzubauen. Für Bremen sind die USA das bedeutendste Exportland, von der Weser aus werden insbesondere Autos nach Übersee verschifft. Der Druck auf Deutschland steigt, durch mehr globale Nachfrage den Leistungsbilanzüberschuss zu senken. Ohnehin wäre es, selbst wenn die US-Konjunktur nach der Pandemie und durch stimulierende Programme wieder anzieht, riskant, sich nur auf die deutsche Exportstärke zu verlassen. Um weiterhin im Wettbewerb um Zukunftstechnologien zu bestehen und beispielsweise klimafreundliche Technologien oder digitale Innovationen voranzutreiben, braucht es auch auf dieser Seite des Atlantiks Investitionen und eine gezielte europäische Industriepolitik. Nur dann sind die Chancen, die mit dem Wechsel im Weißen Haus einhergehen, auch zu

Land Bremen: Tiefer Einbruch, schnelles Handeln, gute Erholung

Bremen und Bremerhaven sind durch die Corona-Krise wirtschaftlich stark getroffen. Auswirkungen gab es auch hierzulande insbesondere auf den industriellen Kern, der in Bremen eine bedeutende Rolle spielt. Die Produktion war speziell in der ersten Phase der Pandemie gestört, was sich auch in der Entwicklung der Wertschöpfung niederschlägt. Die bremische Wirtschaftsleistung sank im Jahr 2020 preisbereinigt um sieben Prozent. Das ist das größte Minus aller Bundesländer.

> "Schlimmeres wurde auch in Bremen durch Kurzarbeit verhindert."

Abbildung 2: Umsatz der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe Entwicklung 2020 (Januar = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe – Bundesländer, Monate; Genesis online Tab. 42111-0011 und 42111-0002

© Arbeitnehmerkammer Bremer

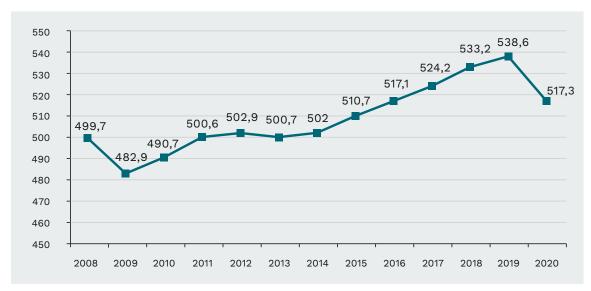
Zurückzuführen ist dies vor allem auf das verarbeitende Gewerbe. Der Umsatz brach hier während des ersten Lockdowns deutlich stärker ein als im bundesweiten Durchschnitt, erholte sich im Anschluss jedoch wieder. Am stärksten betroffen war der Fahrzeugbau, der unter dem Abriss der Lieferketten litt. Im Bremer Mercedes-Werk standen die Bänder erstmals seit Jahrzehnten wochenlang still. Im Februar 2021 musste die Produktion erneut wegen fehlender Teile unterbrochen werden. Den deutlichsten Umsatzrückgang verzeichnete das bremische verarbeitende Gewerbe im Ausland, insbesondere außerhalb der EU. Im April 2020 betrug der Umsatz hier nur noch ein Drittel des Vormonats. Im Vergleich zum Februar ging der Auslandsumsatz Bremer Betriebe außerhalb der EU sogar um drei Viertel zurück.

Auch der bremische Arbeitsmarkt wurde im Zuge der Corona-Krise stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Jahresdurchschnitt gab es mit 432.600 Personen rund 5.200 Erwerbstätige weniger als 2019. Der Rückgang war der erste seit zehn Jahren und leicht größer als im Bundesdurchschnitt. Im Juni-Vergleich sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 1.750 oder 0,5 Prozent und damit etwas stärker als bundesweit. Allerdings sind

hier die monatlichen Schwankungen zu berücksichtigen. Die Arbeitslosenquote im Land Bremen stieg im Jahresdurchschnitt um 1,3 Prozentpunkte auf 11,2 Prozent an. Auch wenn der Zuwachs in den beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg noch größer ausfiel, hat Bremen damit weiterhin die höchste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Schlimmeres wurde auch in Bremen durch Kurzarbeit verhindert. Vor allem in der Industrie, aber auch in der Gastronomie und anderen Dienstleistungsbranchen konnte so Beschäftigung gesichert werden (siehe Artikel "Wirtschaft und Beschäftigung in der Stadt Bremen" und "Wirtschaft und Beschäftigung in Bremerhaven" in diesem Band).

Die Summe der Arbeitsstunden, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb eines Jahres leisteten, ging 2020 zum ersten Mal seit 2013 zurück. Der Einbruch war mit vier Prozent heftig und bewegte sich im Rahmen des bundesweiten Rückgangs. Neben der Umsetzung von Bundesprogrammen reagierte der Stadtstaat frühzeitig auch mit eigenen Maßnahmen auf die Corona-Krise. Auch dadurch wurde eine zügige Erholung ermöglicht. Vorläufige Berechnungen weisen einen Rückgang des bremischen Bruttoinlandsprodukts von sieben Prozent im Gesamtjahr 2020 aus.

Abbildung 3:
Geleistete Arbeitsstunden im Land Bremen
aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt in Millionen



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Erwerbstätigenrechnung – Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2020 (Reihe 1, Band 1)

Die spezielle Betroffenheit Bremens wurde auch in einem Gutachten herausgearbeitet, das der Senat zum sogenannten Bremen-Fonds in Auftrag gegeben hatte. Ähnlich wie beim Bund und in anderen Ländern sollten über diesen mit 1,2 Milliarden Euro gespeisten Fonds die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um notwendige Maßnahmen beim Gesundheitsschutz und der Unterstützung von Menschen und Unternehmen zu ergreifen. Neben der unmittelbaren Krisenbewältigung ist Ziel dieses Fonds auch, längerfristig die Modernisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur zu unterstützen. Das ist gut. Bei der Konkretisierung der Programme sollte nun darauf geachtet werden, neben den direkten Impulsen für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts auch anderen Zielen wie vorgesehen gerecht zu werden: von Investitionen in Kitas und Schulen über die Förderung von Quartieren bis zu Arbeitsmarkt-, Qualifizierungs- und Ausbildungsprogrammen. Davon würden Beschäftigte profitieren.

Erfolge im Kampf gegen das Virus bestimmen weiteren wirtschaftlichen Verlauf

Corona hat schon jetzt tiefe Spuren in der wirtschaftlichen Entwicklung hinterlassen, weltweit und so auch in Deutschland und im Land Bremen. Ausgestanden ist diese Krise noch nicht. Und dennoch sind Expertinnen und Experten verhalten optimistisch, dass es schon im laufenden Jahr zu einer deutlichen Erholung kommen könnte. Manch einer sieht nach der Corona-Zeit gar den Start in die "goldenen Zwanzigerjahre", wenn nach überstandener Pandemie die Zuversicht zurückkehrt und sich aufgestaute Konsumwünsche entladen. Jedoch sind auch längerfristige Einschränkungen denkbar. Dann könnte es nicht nur eine Vielzahl von Insolvenzen geben, sondern auch wirtschaftliche Strukturen in Mitleidenschaft gezogen werden. Und nicht zuletzt drohen gesundheitliche und weitere Langzeitfolgen. Die ohnehin in den letzten Jahren schon großen Unsicherheiten bezüglich der Zukunftsaussichten sind jedenfalls nochmals deutlich gewachsen. Das spiegelt sich auch in der Bandbreite der Vorhersagen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland

wider: Die im Dezember prognostizierten Zuwächse der führenden Institute liegen zwischen vier und über fünf Prozent für 2021 und etwa 2,5 bis 3 Prozent für das kommende Jahr.⁸ Die Projektion der Bundesregierung vom Januar 2021, die den erweiterten Lockdown berücksichtigt, rechnet für das laufende Jahr mit einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von lediglich drei Prozent. Fest dürfte stehen, dass erst 2022 das Vorkrisenniveau wieder erreicht wird.

Klar ist: In Bremen wie im Rest der Republik (und darüber hinaus) wird die Erholung der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt eng mit der pandemischen Entwicklung verknüpft bleiben. "Lockern" und "Öffnen" allein werden Produktions- und Konsumbereitschaft und -fähigkeit nicht anregen, der Schutz der Bevölkerung ist auch ökonomisch sinnvoll. Der wichtigste Baustein im Kampf gegen das Virus sind Impfstoffe. Die schnelle und deutliche Ausweitung von Produktionskapazitäten ist gesamtwirtschaftlich deshalb sicherlich lohnend, weshalb hier auch die öffentliche Hand, die schon die Erforschung der Impfstoffe gefördert hat, gefragt ist. Allzu groß sollte die Angst vor staatlichen Eingriffen in wirtschaftliche Abläufe nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres jedenfalls nicht mehr sein.

Das viele Geld, das aus dem Staatshaushalt in Rettungs- und Konjunkturmaßnahmen fließt, bietet auch die Chance, versäumte öffentliche Investitionen beschleunigt nachzuholen und so bei wichtigen Zukunftsfeldern wie der Klimatechnik, der Netzinfrastruktur oder der digitalen Bildung aufzuholen. Denn die Krise zu bewältigen heißt auch, nicht nur in akuten Notwendigkeiten, sondern langfristig zu denken. Dadurch entsteht Potenzial für Wachstum, das es für Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ebenso braucht wie zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Wirtschaftliches Wachstum muss dabei ökologisch wie auch sozial nachhaltig gestaltet werden. Die enorme gesellschaftliche Spannweite hat die Krise offengelegt und verschärft, die Folgen von Corona sind individuell sehr unterschiedlich spürbar. Die Lasten des Lockdowns und anderer zum Gesundheitsschutz notwendiger Maßnahmen müssen daher fair verteilt werden. Gerecht aus der Krise zu kommen heißt auch, zukünftig wieder für mehr Chancengleichheit zu sorgen. Auch hierfür sind öffentliche Investitionen unabdingbar.

Literatur

- BMWi [= Bundesministerium für Wirtschaft und Energie] (2021): Jahreswirtschaftsbericht 2021. Corona-Krise überwinden, wirtschaftliche Erholung unterstützen, Strukturen stärken.
- **Bundesagentur für Arbeit (2021):** Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember 2020 und Jahr 2020.
- DIW [= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung]
 (2020): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im
 Winter 2020. DIW Wochenbericht 50/2020.
- ifo [= Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung] (2020): Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown bremst Konjunktur ein zweites Mal aus. ifo Schnelldienst, Sonderausgabe Dezember 2020.
- IMK [= Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung] (2021a): Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2021 – Die Erholung nachhaltig gestalten. IMK Report 164, Januar 2021.
- IMK [= Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung] (2021b): Wirkung des Konjunkturpakets 2020: Spürbarer Impuls vom Kinderbonus, wenig Wumms durch Mehrwertsteuersenkung. IMK Policy Brief Nr. 101, Februar 2021.
- IW Consult (2020): Bremen-Fonds Auswahl mittelund langfristiger Maßnahmen zum Neustart nach der Krise. Studie in Zusammenarbeit mit Jens Südekum
- Peters, Tobias (2020): Weltwirtschaft lahmt, Gegenwind erreicht das Land Bremen. In: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.): Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2020.
- Statistisches Bundesamt (2021): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0 Prozent gesunken. Deutsche Wirtschaft im Corona-Krisenjahr 2020 schwer getroffen. Pressemitteilung Nr. 020 vom 14. Januar
- Wanger, Susanne/Weber, Enzo (2021): Schul- und Kitaschließungen, Krankheit, Quarantäne – die coronabedingten Arbeitsausfälle der Erwerbstätigen steigen auf 59,2 Millionen Arbeitstage. In: IAB-Forum vom 8. Februar 2021.

⁸ Vgl. beispielsweise DIW (2020) und ifo (2020). Inzwischen wurden die Prognosen nach unten korrigiert.